

Russland setzt seine massiven Angriffe fort

Explosionen reißen die Menschen in der ukrainischen Hauptstadt Kiew aus dem Schlaf.

KIEW. Bei neuen russischen Angriffen auf die Ukraine sind örtlichen Angaben zufolge in der Nacht zum Mittwoch mindestens sieben Menschen getötet und zahlreiche weitere verletzt worden. Bei einem Angriff mit Fliegerbomben auf die Stadt Mykolajiw seien eine Mutter und ihre Tochter gestorben, erklärte Regionalgouverneur Vitali Kim. Ihm zufolge wurden zwei weitere Menschen bei dem Angriff verletzt.

Zwei weitere Menschen wurden Behördenangaben zufolge in der nordöstlichen Region Charkiw getötet, sowie zwei weitere in der südlichen Region Cherson. In der Region Dnipropetrowsk gab es nach Angaben der dortigen Behörden vier Verletzte durch russische Drohnen- und Artillerieangriffe. Zwei weitere Verletzte wurden aus Saporischschja gemeldet.

Auch die Hauptstadt Kiew wurde am Morgen von einer Serie von Explosionen erschüttert. Korrespondenten der Nachrichtenagentur AFP berichteten von einer starken Detonation noch vor Ertönen der Luftschutzsirenen. „Der Feind greift die Hauptstadt mit ballistischen Raketen an. Bleiben Sie in den Schutzräumen“, schrieb Bürgermeister Vitali Klitschko in Onlinemedien. Bei den russischen Angriffen wurde Klitschko zufolge ein Mensch getötet. Zudem gerieten mehrere Lagerhallen sowie ein weiteres „Nicht-Wohngebäude“ in Brand.

Die ukrainische Armee ihrerseits hat Russland erneut mit Drohnenangriffen bis tief ins Hinterland überzogen und auf die Ölindustrie des Gegners gezielt. In den Raffinerien von Saratow an der Wolga und Nischnekamsk in Tatarstan brachen Brände aus, wie ukrainische und russische Telegramkanäle berichteten. In Saratow knapp 800 Kilometer von der Ukraine entfernt wurde nach Angaben von Gouverneur Roman Bussargin ein Mann getötet.

AFP/dpa

Das Zitat des Tages



Foto: imago/dts Nachrichtenagentur

„Ich werde nicht zur AfD und nicht zur Linkspartei gehen und um Stimmen bitten.“

Sven Schulze, Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt (CDU), will sich nach der Landtagswahl nicht von Linken und der AfD abhängig machen.

Kurz berichtet

Studie: Bundesbürger nehmen Kaufkraft verzerrt wahr

DÜSSELDORF. Bei vielen Bundesbürgerinnen und Bundesbürgern klappt einer Studie zufolge eine Lücke in der Wahrnehmung, wie viel Geld sie für den Konsum zur Verfügung haben. Es gebe eine „erhebliche Diskrepanz zwischen wahrgenommener und gemessener Entwicklung der verfügbaren Realeinkommen“, teilte das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung am Mittwoch in Düsseldorf mit. Obwohl inflationsbedingte Einbußen im Schnitt schon 2024 wieder ausgeglichen worden seien, fühle sich eine Mehrheit „immer noch schlechter gestellt“. AFP

Irland verbietet Güter aus israelischen Siedlungen

DUBLIN. In Irland soll der Import von Gütern aus israelischen Siedlungen in besetzten palästinensischen Gebieten künftig verboten werden. Eine entsprechende Gesetzesvorlage wurde am Dienstagabend im irischen Abgeordnetenhaus beschlossen. Demnach soll die Einfuhr von Agrar- und Industriegütern aus diesen israelischen Siedlungen verboten werden – nicht aber der Handel mit Dienstleistungen. Die Vorlage muss vor ihrem Inkrafttreten noch vom Oberhaus des Parlaments angenommen werden. AFP

Als der Wahlkampf im vergangenen Sommer noch gar nicht richtig Fahrt aufgenommen hatte, war Cem Özdemir Mantra: Er wolle nichts versprechen. Das sagte der heutige Ministerpräsident auf seiner Tour 2025 häufig. Dann versprach er aber doch etwas: raschen Bürokratieabbau. Das Effizienzgesetz, das viele bürokratische Fesseln lösen soll, hatte er schon Monate vor der Landtagswahl ausformuliert. Nun soll es offenbar noch vor der Sommerpause der erste große Wurf der neuen Landesregierung werden.

Ob das Gesetz die angekündigte Wirkung entfaltet, wird sich zeigen. Bis Ende 2027 sollen mit ihm Berichtspflichten für viele Firmen fallen – eine Mammutaufgabe, die das Gros der Baden-Württemberger aber kaum wahrnehmen wird.

Die haben ganz andere Erwartungen an die Landesregierung. Der Staat möge mehr investieren, finden sie: Das ist das Ergebnis des aktuellen BaWü-Checks, der Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen. Geld soll locker gemacht werden – für Kliniken, Schulen, Kitas, Straßen und den Wohnungsbau, damit die Mieten endlich wieder erschwinglich werden. Dinge der Daseinsvorsorge also, von denen die Menschen gewohnt sind, dass der Staat mit ihren Steuergeldern dafür aufkommt.

Leitartikel

Wunsch und Wirklichkeit

Das fehlende Vertrauen der Menschen in die Handlungsfähigkeit des Staats ist bedenklich.

VON ANNIKA GRAH

Sparen? Soll das Land nur bei der eigenen Verwaltung – und an der Kultur.

Doch die Wunschliste der Bürgerinnen und Bürger ist so lang, dass die Landesregierung angesichts der finanziellen Lage eigentlich nur Enttäuschungen produzieren kann. Erst kürzlich machten Grüne und CDU in ihrer gemeinsamen Haushaltskommission Kassensturz. Das Ergebnis ist ernüchternd: Die Deckungslücke beläuft sich auf fünf Milliarden Euro. Um die absehbaren Ausgaben zu decken, müssen alle Register gezogen werden. So wird etwa die Konjunk-

turkomponente der Schuldenbremse genutzt. Heißt: In wirtschaftlich mauen Zeiten darf der Staat Kredite aufnehmen, die zurückgezahlt werden, wenn die Steuereinnahmen wieder sprudeln. Darüber hinaus bekommen alle Ministerien eine strenge Sparauflage. Zudem will das Land eine Ausnahmeregelung innerhalb der Schuldenbremse einführen, um Kredite für Kommunen aufnehmen zu können. Andere Möglichkeiten für zusätzliche Kredite, die der Bund geschaffen hat, schließt Grün-Schwarz bislang kategorisch aus. So bleiben gerade

Nur zwei von fünf Befragten trauen Grün-Schwarz zu, die Probleme im Land zu lösen.



Warum die Steuerreform nur ein Reförmchen ist

Finanzminister Lars Klingbeil (SPD) spricht von einer Steuerreform, Kritiker sehen das anders. Es profitieren vor allem Familien mit Kindern. Wichtige mögliche Schritte hat die Regierung nicht gewagt.

VON JAQUELINE WESTERMANN

BERLIN. Von Mogelpackung bis Enttäuschung – die geplante Klingbeilsche Steuerreform ist noch nicht umgesetzt, da häuft sich schon die Kritik. Zwar betont die SPD, dass entlastet werde, vor allem bei Familien. Doch eine Entlastung von 500 Euro pro Person, die SPD-Chefin Bärbel Bas vor einigen Wochen forderte, die wird es nicht werden.

„Eine Reform ist es nicht wirklich, vielmehr ist es lediglich eine kleine Anpassung im Steuertarif“, erklärt Finanzprofessorin Dominika Langenmayr von der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. „Der Grundfreibetrag macht den Löwenanteil aus. Er wird hochgesetzt, weil das verfassungsrechtlich geboten ist, um die Inflation auszugleichen.“ Was die Regierung als Reform darstellt, ist im Prinzip nur ein Ausgleich der sogenannten Kalten Progression, also eine Anpassung des Steuertarifs an die Inflation. Nur weil das Kindergeld zusätzlich deutlich erhöht wird, ergeben sich die Entlastungen für Familien.

Kein Ende der Zettelwirtschaft

Dass die Reform nicht größer ausgefallen ist, überrascht Finanzexpertin Langenmayr kaum: „Wir haben rund 45 Millionen Steuerzahler. Wenn jeder um mehrere Hundert Euro entlastet werden soll, wird das richtig teuer.“ Der Haushalt gebe keine Spielräume dafür her. Dennoch hätte sie sich mehr gewünscht, etwa eine „wirkliche Vereinfachung der Steuererklärungen“. Es müsse mehr mit Pauschalen gearbeitet werden, um die kleinteilige Zettelwirtschaft fürs Absetzen von der Steuer abzuschaffen.

Auch eine Reform des Ehegattensplittings wünscht sich Langenmayr. „Oder zumindest eine Abschaffung der Steuerklassen 3 und 5 und stattdessen für Ehepaare die Ver-



Finanzminister Lars Klingbeil plante die Steuerreform. Foto: dpa/Carsten Koall

anlagung beider Partner in der Steuerklasse 4 verpflichtend machen“, schlägt sie vor. „Das hätte positive Effekte für den Arbeitsmarkt.“ Aber: Der monatliche Lohnsteuerabzug wäre bei Paaren dann deutlich höher, gibt sie zu bedenken. Eine schnelle Umsetzung einer Ehegattensplitting-Reform ab 2027 wäre zudem kaum machbar, weil der Programmieraufwand in den Steuerverwaltungen der Länder enorm steigen würde, sagt Langenmayr.

Stefan Bach vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung geht nicht davon aus, dass Klingbeils Pläne wirkliche Impulse für

die Konjunktur auslösen werden. Er habe mehr erwartet, sagt er. So traue sich die Regierung nicht an tiefgreifende Reformen heranzukommen, wie zum Beispiel eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, eine Einschränkung der Erbschaftsteuerprivilegien oder gar eine Vermögenssteuer oder Vermögensabgabe. Die moderate Steuererhöhung für absolute Spitzenverdiener hält Bach für einen symbolischen Schritt. Klingbeils Vorschlag sieht vor, den Reichensteuersatz ab einem zu versteuernden Einkommen von 250.000 Euro auf 45 Prozent festzulegen und von 280.000 Euro an 48 Prozent zu fordern.

Wichtig: die Erhöhung des Kindergelds

Das heißt, Menschen, die sehr gut verdienen, werden künftig höhere Steuern zahlen. Der Großteil der Steuerzahler würde allerdings entlastet. Vom Ausgleich der Kalten Progression profitieren hauptsächlich niedrigere Einkommen, sagt Ökonom Bach. Zwar werden auch höhere Bruttoeinkommen entlastet, teilweise sind es aber nur geringe Eurobeträge pro Monat. Laut Bach fällt die Entlastung durch die Erhöhung des Kindergelds stärker ins Gewicht als die steuerliche Entlastung. Deswegen profitieren primär Familien, unabhängig vom Verdienst.

Der Steuerprofessor Frank Hechtner hat für diese Zeitung berechnet, dass beispielsweise ein Single ohne Kinder mit einem monatlichen Bruttoeinkommen von 3500 Euro um 120 Euro im kommenden Jahr entlastet würde, eine Alleinerziehende mit einem Kind mit demselben Einkommen aber um 211 Euro.

Im Spitzenverdienerbereich käme es hingegen zu Belastungen: Der Single, der 25.000 Euro im Monat verdient, wird künftig 690 Euro Steuern im Jahr mehr zahlen müssen, die Alleinerziehende mit demselben Gehalt 209 Euro.

mal 300 Millionen Euro für Mehrausgaben: eine klägliche Summe angesichts des Investitionsbedarfs und der milliardenschweren Wunschliste der Bürgerinnen und Bürger.

Geld zu sparen, das für Prozesse in der Verwaltung vorgesehen ist, ist keine schnelle Lösung. Die lang versprochene Digitalisierung könnte helfen, Kosten zu senken. Aber auch eine Gemeindereform, wie sie viele Befragte des BaWü-Checks befürworten, könnte helfen, Doppelstrukturen und damit auch Doppelfinanzierung abzubauen. Es sieht indes nicht danach aus, dass Grün-Schwarz dieses Großprojekt schnell angeht.

Große Sprünge – etwa bei Investitionen in die Infrastruktur – sind also erst einmal nicht zu erwarten, auch wenn die Landesregierung an vielen Stellschrauben dreht und auch teure Neuerungen wie den von Herbst an geltenden Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen einführen wird.

Trotz allem dürfte sich die Enttäuschung in Grenzen halten, denn hoch sind die Erwartungen ohnehin nicht. Nur zwei von fünf Befragten im BaWü-Check trauen Grün-Schwarz zu, die Zukunftsprobleme im Land anzugehen. Das ist das eigentlich bedenkliche Ergebnis der Umfrage. Die Landesregierung sollte alles tun, um das Vertrauen in ihr Handeln wiederherzustellen, und die Zweifler eines Besseren belehren.

Teilzeit-Quote bei Lehrern auf Rekordwert

Rund 44 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer in Deutschland arbeiten in Teilzeit.

WIESBADEN. Die Teilzeitquote unter Lehrerinnen und Lehrern an den allgemeinbildenden Schulen in Deutschland ist im Schuljahr 2024/2025 weiter gestiegen. Von den 752.100 Lehrkräften unterrichteten 44 Prozent in Teilzeit, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte. Damit war die Teilzeitquote bei Lehrkräften etwas höher als im vorherigen Schuljahr (43 Prozent) und auf einem neuen Höchststand seit Beginn der Datenerhebung im Jahr 2009, wie die Statistiker erklärten.

Besonders Frauen reduzieren häufig ihre Arbeitszeit: So war die Teilzeitquote bei Lehrerinnen (51 Prozent) im Schuljahr 2024/2025 mehr als doppelt so hoch wie bei Lehrern (23 Prozent). Auffällig ist zudem, dass die Teilzeitquote bei Lehrkräften deutlich höher ausfällt als bei anderen Berufen. Laut der Daten arbeiteten über alle Wirtschaftsbereiche hinweg lediglich 31 Prozent der abhängig Beschäftigten in Teilzeit.

Dabei gab es auch deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern: Während in Hamburg (55 Prozent) und Bremen (52 Prozent) im Schuljahr 2024/2025 mehr als die Hälfte der Lehrerinnen und Lehrer an allgemeinbildenden Schulen in Teilzeit unterrichtete, traf dies nur auf knapp jede vierte Lehrkraft in Thüringen (23 Prozent) und Sachsen-Anhalt (24 Prozent) zu.

Die Daten zeigten zudem, dass mehr als jede dritte Lehrkraft im Schuljahr 2024/2025 mindestens 50 Jahre alt war. Demnach waren etwa 25 Prozent zwischen 50 und 59 Jahre alt, weitere 10 Prozent waren 60 Jahre und älter. „Im Vergleich dazu fällt der Anteil der jüngeren Lehrkräfte geringer aus“, erklärten die Statistiker. So machten die unter 35-Jährigen ein Fünftel des Lehrpersonals an allgemeinbildenden Schulen aus. Den Angaben zufolge gab es auch hier klare Unterschiede zwischen den Ländern.

dpa

Le Pen eröffnet Wahlkampf um Präsidentenamt

Die Rechtsnationalen starten ihre Kampagne – trotz Haftstrafe. Kann sie mit ihrem riskanten Schritt punkten oder verliert sie an Rückhalt?

PARIS. Frankreichs Rechtsnationale Marine Le Pen geht mit ihrer Ankündigung vom Abend, trotz einer Verurteilung wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder für die Präsidentschaftswahl zu kandidieren, voll auf Risiko. Denn ob die 57-Jährige im nächsten Frühjahr tatsächlich antreten können, spaltet noch die Juristen und wird auch vom Ausgang der von ihr angekündigten Berufung gegen das Urteil abhängig sein, das das Pariser Berufungsgericht am Dienstagmittag fällte.

Es verhängte ein Jahr Haft mit Fußfessel und entzog ihr das passive Wahlrecht für 15 Monate. Diese hat Le Pen seit dem Urteil in erster Instanz aber bereits verbüßt. Weitere 30 Monate sind auf Bewährung ausgesetzt. Juristen aber sind sich uneins, ob mit Einle-

gen der Revision nicht wieder der befristete Entzug des passiven Wahlrechts für fünf Jahre und mit sofortiger Wirkung aus erster Instanz greift. Wenn dies der Fall ist, wäre eine Kandidatur nämlich unmöglich – ganz unabhängig davon, was bei der Revision herauskommt. In einem Interview des Senders TF1 verkündete sie noch am Dienstagabend ihren Kampagnenstart unter dem Motto „Pour la France, la Renaissance“ (Für Frankreich, die Wiedergeburt). Bereits am Mittwoch wollte Le Pen gemeinsam mit Parteichef Jordan Bardella einen ersten Marktplatzauftritt in der Provinz absolvieren. Der von vielen bereits für sicher gehaltene Plan, dass Bardella statt Le Pen für die Präsidentschaft kandidiert, scheint unterdessen wie vom Tisch gewischt.

dpa

Die Tomicek-Karikatur



Die Trump-Show